

Marie-Luise Dött

- (A) das Gebäudesanierungsprogramm, die nationale Klimaschutzinitiative, mit dem Marktanzreizprogramm erfolgen. Das ist nicht nur sachlich geboten. Die Bürger erwarten zu Recht, dass Teile der Gewinne aus der Laufzeitverlängerung für solche Maßnahmen eingesetzt werden.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was Sie jetzt gerade zusammenkürzen!)

Meine Damen und Herren, auch im Bereich der **Energieeffizienz** bei Unternehmen können wir schnell handeln. Die aufgrund von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen vorgesehenen Kürzungen der Energie- und Stromsteuerausnahmen für die energieintensiven Unternehmen sind, so wie sie jetzt konzipiert sind, allerdings nicht der richtige Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist richtig, sogenannte Schein-Contracting-Lösungen nicht mehr zu belohnen. Es ist auch richtig, ungerechtfertigte Steuernachlässe für Unternehmen abzustellen. Es ist aber auch zu prüfen – das werden wir tun –, welche Wirkungen die Kürzungen auf das wichtige Instrument des Energiespar-Contracting, auch im Wärmebereich, haben. Eine undifferenzierte Kürzung der Steuernachlässe ist nicht nur angesichts der Bedeutung energieintensiver Unternehmen für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland sehr genau zu prüfen, sondern auch hinsichtlich der Wirkungen für Klima und Umwelt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) **Recycling** von Abfällen ist eine wichtige Rohstoffquelle für unsere Volkswirtschaft, und es ist umweltpolitisch höchst sinnvoll. Um das Recycling weiter zu stärken, werden wir das Kreislaufwirtschaftsgesetz novellieren. Wir müssen aber auch sicherstellen, dass wir die Recyclingunternehmen zum Beispiel bei der Rückgewinnung von Metallen durch den Wegfall der Strom- und Energiesteuerausnahmen nicht in wettbewerbliche Schwierigkeiten bringen. Wir müssen aufpassen, dass es nicht zu Produktionsverlagerungen ins Ausland kommt, wo bei sehr viel niedrigeren Umweltstandards Anlagen betrieben werden müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir wollen auch, dass das CCS-Gesetz schnell kommt. Hier geht es nicht nur um die Kohleverstromung, sondern vor allem auch um die Nutzung von CCS für die energieintensive Industrie. Es gibt also eine Reihe von Maßnahmen aus dem Energiekonzept, die schnell angegangen werden können und müssen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Ulrich Kelber für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ulrich Kelber (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! (C)

Das ökonomische Konzept der konventionellen Energieerzeugung, insbesondere durch Kernenergie, ist ökonomisch nur schwer mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien vereinbar.

Dieser Satz bekam im Februar 2010 in der Humboldt-Universität massiv Beifall, wie das Protokoll vermerkt, als ihn Bundesumweltminister Norbert Röttgen aussprach.

(Frank Schwabe [SPD]: Philosoph!)

Es ist auch kein Wunder, für diese Aussage Beifall in einer Bevölkerung zu bekommen, die nach den neuesten Umfragen – ZDF-Politbarometer – zu zwei Dritteln gegen längere Laufzeiten ist. Herr Röttgen, können Sie sich eigentlich vorstellen, dass sich die Menschen, die im letzten Jahr solche Reden von Ihnen gehört haben, persönlich durch Sie getäuscht fühlen, durch einen Minister, der wider besseres Wissen ein sogenanntes Energiekonzept unterstützt, das inhaltlich falsch und verfassungswidrig ist? Sie schaden damit der Glaubwürdigkeit der parlamentarischen Demokratie in Deutschland.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP)

Das gleiche ZDF-Politbarometer hat ergeben, dass 65 Prozent der deutschen Bevölkerung das **Energiekonzept** für eine einseitige Bevorzugung der Atomkonzerne halten, übrigens auch die Mehrheit der Anhängerinnen und Anhänger von Schwarz-Gelb. Die Menschen spüren doch, dass das eine Reihe darstellt: Mit den Hotelsteuerermäßigungen hat es angefangen. Jetzt kommt die Bedienung der Atomlobby. Die ersten Menschen haben mitbekommen, dass in dem Windschatten der Atomlobbybedienung jetzt auch versucht werden soll, die Pharmakonzerne und die Versicherungskonzerne durch Herrn Rösler zu bedienen. (D)

(Michael Kauch [FDP]: Wir kürzen die Pharmakosten!)

Was für ein Verständnis parlamentarischer Demokratie hat eine Regierung, bei der zwei Beamte unter Mitwirkung von vier Konzernen, unter Ausschaltung ihrer Fachabteilungen, unter Ausschaltung der Zivilgesellschaft, unter Ausschaltung selbst der Abgeordneten der eigenen Koalition, zementiert durch eine Geheimvereinbarung, ein Energiekonzept festschreiben sollen, von dem einmal vollmundig versprochen wurde, es solle bis zum Jahr 2050 halten?

(Michael Kauch [FDP]: Waren Sie im Kanzleramt dabei?)

Schwarz-Gelb treibt damit immer mehr Bürgerinnen und Bürger in Demokratiemüdigkeit.

Vorhin hat der Kollege der Grünen gesagt, das sei keine Revolution, sondern eine Konterrevolution gewesen. Falsch, das war ein Putsch. Es war ein Putsch gegen

Ulrich Kelber

- (A) Wettbewerb, indem die vier großen Energiekonzerne ihre Monopole zementiert bekommen, obwohl wir eigentlich Stadtwerke und neue Wettbewerber fördern müssten.

Es ist ein Putsch gegen den **Ausbau der erneuerbaren Energien**. Herr Fell hat das vorhin schon angesprochen. Aber du hättest noch die nächste Stufe nennen sollen, Hans-Josef. Denn in den Gutachten, die Sie selber als wissenschaftliche Grundlage für Ihr Energiekonzept ausgewiesen haben – man muss schließlich zu dem stehen, was man sagt –, wird für das Jahr 2020 ein Rückgang des Ausbaus der Windenergie gegenüber heute von 98 Prozent und der Fotovoltaik von 94 Prozent als Folge der Maßnahmen vorausgesagt, die Sie im Energiekonzept ergreifen wollen. Sie wollen also den Ausbau der erneuerbaren Energie deutlich verlangsamen. Auch das kann man in Ihren eigenen Unterlagen nachlesen.

Es ist ein Putsch gegen die **Sicherheit in der Atomenergie**. Wie kann man alte Atomkraftwerke mit ihren Sicherheitsdefiziten noch jahrelang weiterlaufen lassen? Wir sind gespannt auf den Inhalt der Atomgesetznovelle, wenn wir hören, dass darin Atomkraftwerken, die nur noch acht Jahre länger laufen sollen, eine Nachrüstfrist von zehn Jahren eingeräumt werden soll.

Es ist zuletzt ein Putsch gegen den **gesellschaftlichen Konsens**. Wenn Sie nicht auf die Opposition hören, dann hören Sie doch zum Beispiel auf die Kritik der Gewerkschaft der Polizei, die sich in den letzten Tagen dazu geäußert hat.

- (B) Herr Röttgen – Frau Dött, Sie haben es wiederholt –, Sie haben gefragt: Warum sind die anderen nie mit einem solchen Energiekonzept gekommen? Wir hätten uns nicht getraut, mit so etwas, das Sie gemeinsam mit den Energiekonzernen entwickelt haben, vor die Öffentlichkeit zu treten. Das ist der Grund, warum wir so etwas nie vorgelegt haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Zum Atomdeal selbst: Sie versuchen, den **Bundesrat** zu umgehen. Darum ging es bei der gesamten Operation: Was kann man maximal versuchen, um den Bundesrat nicht beteiligen zu müssen?

(Ulrich Petzold [CDU/CSU]: Sie haben den Bundesrat dazu befragt!)

Wie kann eine Bundesregierung erwarten, dass sich die Bürgerinnen und Bürger im Land gesetzestreu verhalten, wenn sie selber versucht, die Gesetze zu umgehen?

Wenn der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Herr Papier, CSU-Mitglied, sagt: „Das ist verfassungswidrig“, dann greift ihn der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Kauder in unerträglicher Weise persönlich an, weil hier einer offengelegt hat, wie Sie handeln.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Geheimniskrämerei war eindeutig. Sie wollten das Ganze nicht veröffentlichen. Dann hat sich Herr

Schmitz von RWE verplappert. Frau Homburger hat dann gesagt: Wir legen alles offen, was nicht die Betriebsgeheimnisse der Atomkonzerne betrifft. Haben Sie jetzt alles offengelegt, oder gibt es noch etwas, das Sie nicht offengelegt haben? Auch das wäre interessant heute zu hören. (C)

Sie bereiten eine Atomgesetznovelle vor, die eine Klagerechtsbeschränkung, die Verlängerung der Nachrüstfristen, weniger Möglichkeiten an verschiedenen Stellen für die Anliegerinnen und Anlieger und mehr Möglichkeiten für die Atomkonzerne enthalten soll. Legen Sie auch das bereits jetzt offen!

An die Abgeordneten der Koalition habe ich eine Bitte. Auch wir haben eine Regierung gestellt, die versucht hat, selbst etwas auf den Weg zu bringen. Aber wir haben ab und zu den Stopper gespielt und gesagt: Das Parlament hat Rechte; hier endet das, was die Regierung tun darf. Das erwarte ich jetzt auch von den Abgeordneten aus CDU/CSU und FDP.

Schauen Sie doch in die **Vereinbarung** hinein! Man hat das Gefühl, dass nicht die Regierung, sondern die Atomkonzerne am längeren Hebel gesessen haben, obwohl sie die Verlängerung wollten. Was haben sie sich alles gesichert: Gerichtsvorbehalt, Klagevorbehalt, Kostenvorbehalt, Inflationsvorbehalt, Wettbewerbsvorbehalt, und 2019 – wenn der Fördertopf zwei Jahre besteht – wird wieder verhandelt, und zwar unter Berücksichtigung aller Kosten der Atomkraftwerke. Für zwei Jahre Sicherheit in der Finanzierung haben Sie das alles nach außen an die Atomkonzerne übergeben. Das haben wir als Verscherbeln bezeichnet. (D)

Bei der Sicherheit gibt es – das muss man in der Tat ansprechen – keine Obergrenze von 500 Millionen Euro für die Sicherheitsnachrüstung. Wenn das jemand öffentlich sagt, dann ist das falsch. Aber ab einer Höhe von 500 Millionen Euro kommt das Geld nicht mehr von den Konzernen, sondern aus einem öffentlichen Topf, nämlich aus dem Förderfonds für erneuerbare Energien. Die Bundesregierung wird versuchen, Finanzausgaben aus diesem Topf zu machen. Alle Nachrüstkosten über 500 Millionen Euro können von den Zahlungen in den Förderfonds abgezogen werden. Das heißt, hinter dem Sicherheitsingenieur wird demnächst der Finanzminister stehen und ihm sagen: Schau nicht so genau hin! Das kostet mein Geld; das zahlen nicht mehr die Konzerne.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wer gefährliche Kraftwerke betreibt, muss alleine für die Sicherheit zahlen, nicht die Öffentlichkeit.

Die Gutachten wurden verschleppt und manipuliert. Die Gutachter wurden selektiert und am Ende missinterpretiert. Das steht selbst in den Vermerken des Umweltministeriums. Sie lassen sehr viele Menschen desillusioniert über die parlamentarische Demokratie zurück. Unsere Aufgabe wird nicht nur sein, uns politisch gegen Ihre Ziele zu stellen; die Aufgabe der Opposition ist auch, möglichst viele dieser Menschen wieder für die parla-

Ulrich Kelber

- (A) mentarische Demokratie zurückzugewinnen. Das gibt uns Kraft für die nächsten Monate.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die FDP-Fraktion spricht nun der Kollege Michael Kauch.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Michael Kauch (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieser Bundeshaushalt stellt neben der viel diskutierten Energiepolitik einen großen Fortschritt dar, der hier erwähnt werden sollte; denn Umweltpolitik ist mehr als nur Energiepolitik. Wir haben als christlich-liberale Koalition ein Anliegen im Bereich des **Naturschutzes**. Wir haben im Verkehrshaushalt Mittel zur Wiedervernetzung von Biotopen bereitgestellt. Wir haben im Umwelthaushalt 15 Millionen Euro zusätzlich für das Bundesprogramm für die biologische Vielfalt und den Naturschutz im nächsten Jahr eingestellt. Wir geben insgesamt 14 Milliarden Euro für Naturschutzgroßprojekte aus. Das heißt, wir verdoppeln die Projektmittel für den Naturschutz. Unsere Politik dient der biologischen Vielfalt. Wir haben die Hausaufgaben für die Konferenz für biologische Vielfalt gemacht und setzen das nun um.

- (B) (Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wenn wir über das Energiekonzept sprechen, dann dürfen wir nicht vergessen, dass es gleichzeitig um eine Festlegung der **Klimapolitik** in Deutschland geht. Mit unserer Klimapolitik sind wir vorbildlich für die internationalen Verhandlungen. Erstmals besagt das Energiekonzept – damit setzen wir die Koalitionsvereinbarung um –, auf welchen Zwischenstufen wir bis 2050 Stück für Stück zu einer Einsparung bei den klimaschädlichen Gasen um mindestens 80 Prozent kommen wollen. Im Jahr 2020 sollen es bereits 40 Prozent sein. Das Ziel wird mit planbaren und nachprüfaren Schritten erreicht. Darauf kann sich jeder einstellen: die Industrie, die Verbraucher und die Hausbesitzer. Niemand kann mehr sagen, er wusste nicht, was wir wollen. Wir machen eine klare Politik für das Klima, planbar für alle Beteiligten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Frank Schwabe [SPD]: Wo steht das denn?)

Wir haben das alles durchgerechnet und zeigen: Das ist kein Wunschenken irgendwelcher Grünen. Vielmehr werden Maßnahmen beschlossen.

Das Kontrastprogramm ist das, was die rot-grüne Minderheitsregierung in **Nordrhein-Westfalen** macht.

(Beifall der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/CSU])

Wir haben im Bund eine Minderung der CO₂-Emissionen um 40 Prozent bis 2020 beschlossen.

- (Ulrich Kelber [SPD]: Auf welcher Basis?) (C)

Die CDU/FDP-Regierung in Nordrhein-Westfalen hatte eine Reduzierung um 33 Prozent bis 2020 als Ziel.

(Ulrich Kelber [SPD]: Aber nichts gemacht!)

Aber Sie haben die Klimaschutzziele in Nordrhein-Westfalen auf 25 Prozent gesenkt. Die grüne Partei sollte sich schämen, wenn sie sich den dortigen Koalitionsvertrag anschaut.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Frank Schwabe [SPD]: Das ist Unsinn!)

Meine Damen und Herren, das alles ist aber kein Wunder; denn wenn man gegen jeden Kraftwerksneubau ist, dann werden die Dreckschleudern in Nordrhein-Westfalen weiter betrieben. Das bedeutet doch nichts anderes, als dass Sie sich einen schlanken Fuß machen. Eine Reduzierung um nur 25 Prozent in Nordrhein-Westfalen bedeutet, dass die anderen Bundesländer etwa 50 Prozent erreichen müssen. Das ist zutiefst unsolidarisch. Ich schäme mich, dass die Regierung meines Bundeslandes so mit dem Bund und den anderen Ländern umgeht.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Das ist eine solche Unverschämtheit!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege Kauch, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Höhn?

(D)

Michael Kauch (FDP):

Gerne.

Gerda Hasselfeldt (CDU/CSU):

Bitte sehr, Frau Höhn.

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Kauch, können Sie bestätigen, dass ein Unterschied zwischen Zielen und Taten besteht und dass Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen zwar hohe Klimaschutzziele gesetzt hat, aber gleichzeitig eine Politik gemacht hat, die zur Genehmigung neuer Kohlekraftwerke führte – das reichte bis zur Änderung des Landesplanungsrechts, damit in Datteln gebaut werden konnte –, was zur Folge hat, dass mehr CO₂ ausgestoßen wird als zuvor? Die Taten bedeuten also mehr CO₂, egal welche Ziele Sie sich setzen; denn diese können Sie nie und nimmer erreichen. Können Sie bestätigen, dass das Landesplanungsrecht geändert worden ist, damit weiterhin Kohlekraftwerke in Nordrhein-Westfalen gebaut werden können?

(Michael Leutert [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Michael Kauch (FDP):

Liebe Frau Kollegin Höhn, Sie haben es offensichtlich bis heute nicht verstanden.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben es nicht verstanden!)